

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft



ZdK

28. Jg. Nr. 1
März 2022

Editorial

Hoffnung schöpfen

Unsere erste Ausgabe der Salzkörner in diesem Jahr erzählt von berechtigter Hoffnung und widerständigem „Jetzt erst recht“.

In der Kirche ist gerade viel los, und vieles scheint zu gelingen. Die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, gibt in einem Gespräch mit dem Journalisten Joachim Frank Einblick in ihr Denken und ihre Pläne. In einer Zeit, in der kirchliche Reformen viel Aufmerksamkeit fordern, will sie auch den gesellschaftlichen Auftrag des ZdK stark machen. Niklas Krieg, Referent beim ZdK, schreibt als einer der Protagonisten der Kampagne #OutInChurch über die Gründe für das Outing queerer Menschen – und dass es mehr bewirkt, als er ahnte. Prof. Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK und des Synodalen Weges, wirft einen Blick zurück auf die dritte Synodalversammlung in Frankfurt und sagt: „Die katholische Kirche kann Synode!“

Und der Katholikentag in Stuttgart? Vier Jahre nach dem letzten Katholikentag in Münster und nach einem fast gänzlich digitalen und dezentralen 3. Ökumenischen Kirchentag im vergangenen Jahr soll in Stuttgart ein großes Treffen wieder möglich werden. Dr. Thomas Großmann gibt Einblicke in die Vorbereitungen.

In der Welt der Politik schauen wir täglich nach Osten: Der Krieg, den Russland in der Ukraine begonnen hat, ist Symptom eines Politikversagens, das tiefe historische Gründe hat. Irina Scherbakowa, Vorsitzende des im Dezember gerichtlich aufgelösten Informationszentrums Memorial in Moskau, gibt Einblicke. Und Gemma Pörzgen wandert mit uns durch die europäische Kulturhauptstadt Novi Sad, in der Kulturschaffende, gebeutelt von Pandemie und Politik, wirklich sagen müssen: „Jetzt erst recht!“

Marc Frings

Inhalt

- „Ich reagiere empfindlich auf Machtspielen“** _____ 2
Was die neue Präsidentin des ZdK will – und was nicht
[Dr. Irme Stetter-Karp](#)
- Für eine Kirche ohne Angst** _____ 4
Die Kampagne #OutInChurch bringt Bewegung in die Kirche
[Niklas Krieg](#)
- Die katholische Kirche kann Synode** _____ 6
Er begann in einer Krise, jetzt gibt er Orientierung: Der Synodale Weg ist auf Erfolgskurs
[Prof. Dr. Thomas Söding](#)
- Leben teilen und dabei sein** _____ 8
Der 102. Katholikentag findet vom 25. bis zum 29. Mai in Stuttgart statt
[Dr. Thomas Großmann](#)
- Novi Sad – Die Stadt der Brücken ist Kulturhauptstadt Europas** _____ 10
Herausforderungen im Kulturbetrieb Serbiens
[Gemma Pörzgen](#)
- Gewalt statt Dialog** _____ 12
Findet Russland einen Ausweg aus der Spirale des Politikversagens?
[Irina Scherbakowa](#)

„Ich reagiere empfindlich auf Machtspielchen“

Was die neue Präsidentin des ZdK will – und was nicht

Irme Stetter-Karp steht seit November 2021 an der Spitze des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. In einer Zeit, in der kirchliche Reformen viel Aufmerksamkeit fordern, will sie auch den gesellschaftspolitischen Auftrag des ZdK stark machen.

Frau Stetter-Karp, die dritte Synodalversammlung – Ihre erste als ZdK-Präsidentin und Co-Präsidentin des Synodalen Weges – liegt hinter Ihnen. Wie war's für Sie?

Irme Stetter-Karp: Wir haben mit den ersten beschlossenen Texten jetzt eine belastbare Basis und sind mit anderen auf einem guten Weg. Die Frage des Umgangs mit der Minderheit, die die Beschlüsse nicht mitträgt, wird uns in der Vorbereitung auf die vierte Synodalversammlung aber noch beschäftigen.

Als Präsidentin waren Sie auch kommunikativ gefordert. Eine Delegierte hat in einer Art Live-Bericht aus der laufenden Sitzung von einer gottlosen Versammlung geschrieben. Wie sind Sie damit umgegangen?

Stetter-Karp: Als Bischof Georg Bätzing und ich darauf aufmerksam gemacht wurden, haben wir uns in Minuten-schnelle darauf verständigt, dass wir das als eine Grenzverletzung im Sinne unseres Kommunikationsleitfadens markieren wollen. Ich habe die betreffende Delegierte darauf angesprochen, und sie hat sofort zugesichert, ihren Beitrag zu ändern. Natürlich war dieses Urteil damit nicht ganz aus der Welt, aber uns war klar: Wir können und wollen eine solche Art des Umgangs miteinander nicht dulden.

Am Ende von Frankfurt stand für Sie der Befund, „wir haben geliefert“. Der Apostolische Nuntius, Erzbischof Nikola Eterović, hat nun genau das – ein Gremium, das liefert – mit einem Zitat von Papst Franziskus als Verirrung gegeißelt. Wie gehen Sie mit solchen Stopp-Signalen um?

Stetter-Karp: Ich sehe die Ansprache des Nuntius in Frankfurt nur als einen weiteren Hinweis darauf, wie plural die Positionierungen im Vatikan zum Synodalen Weg ausfallen. Ich bin froh, dass es jetzt einen strukturierten Austausch zwischen Rom und dem Synodalpräsidium geben wird und bin gespannt auf diese Gespräche, in die ich vorurteilsfrei und ergebnisoffen hineingehe.

Was wird aus der lang erbetenen Audienz des Synodalpräsidiums beim Papst?

Stetter-Karp: Ich hoffe sehr, dass wir auch mit dem Papst persönlich sprechen können. Das Synodalpräsidium hat jedenfalls ein außerordentliches Interesse daran.

Schaut man in Ihre Biografie, dann kommen viele Anliegen des Synodalen Weges lebensgeschichtlich bei Ihnen zusammen. Bringen Sie eine eigene katholische Verletzungsgeschichte mit?

Stetter-Karp: Weil ich nie Priesterin werden wollte, habe ich da persönlich schon mal keine Wunden davongetragen. Generell trage ich als Frau in der katholischen Kirche aber mit an einer Geschichte der Diskriminierung. Es liegt in der Kultur dieser Kirche, Frauen eher klein zu denken. Insofern reagiere ich empfindlich auf all die Machtspielchen, die bis heute laufen. Umgekehrt muss ich mich als Frau, die viele Jahre Führungsverantwortung in der Kirche hatte, aber auch fragen, wie viel ich selbst zur Aufrechterhaltung nicht geschlechtergerechter Strukturen beigetragen habe.

Ihr Mann wollte Priester werden, hat sich dann aber des Zölibats wegen umentschieden. Da setzen die Themen des Priester-Forums an.

Stetter-Karp: Die Entscheidung meines Mannes gegen den Priesterberuf war vor meiner Zeit, darüber bin ich froh. Ich hatte aber immer das Gefühl, dass er mit seinem Lebensweg sehr im Reinen ist, dankbar für die Familie, glücklich über seine Berufswahl als Notfall- und Krankenhausseelsorger, Eheberater und Psychotherapeut.

Aber über den Zölibat haben Sie zuhause vielleicht doch mit einer anderen Betroffenheit gesprochen als andere Paare?

Stetter-Karp: Wir waren immer der Ansicht, dass den Priestern die Lebensform freigestellt sein sollte – ganz unabhängig von der Erfahrung meines Mannes. Sollte es jetzt dazu kommen, würde ich sagen: um Jahrzehnte zu spät, mit irrsinnig vielen Männern, die auf der Strecke geblieben oder als Priester am Zölibat gescheitert sind. Aber besser spät als nie.

„Viel zu spät“, das zieht sich durch die Kommentierungen vieler Reformanliegen, die teils schon Jahrzehnte vorgetragen wurden, ohne dass ein Zusammenhang mit dem Problem des Missbrauchs hergestellt worden wäre. Ist am Vorwurf des Framings einer alten Agenda mit dem neuen Paradigma Missbrauch also nicht doch etwas dran?

Stetter-Karp: Die Initiatoren des Synodalen Weges, Bischofskonferenz und ZdK, haben nicht zuerst geschaut, welche Themen denn eh schon auf Halde liegen. Unsere Leitperspektive ist: Was ergibt sich aus jedem Reformschritt für die Bekämpfung und Prävention von Missbrauch sowie für die Überwindung von Führungsversagen in der Kirche? Es geht also nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl-als-Auch: Die Reformanliegen des Synodalen Weges stehen um ihrer selbst willen auf der Agenda. Sie sind aber auch deshalb dran, weil sich hinter den unerledigten Reformen substanziiell Ursachen und begünstigende Faktoren für Missbrauch verbergen.

Wie steht es um die Schuldgeschichte des Laien-Katholizismus? Hat auch das ZdK zu lange weggeschaut?

Stetter-Karp: Ja. Wir haben zu lange gebraucht, die Betroffenen als eigenständige Akteur*innen ernst zu nehmen. Man hätte sie von Anfang an an den Gesprächsprozessen beteiligen müssen. Beim ZdK holen wir in diesem Punkt jetzt auf. Eine eigens dafür gegründete Arbeitsgruppe soll uns konkrete Vorschläge machen. Aber schon heute ist es mir wichtig, zu Prozessen der Aufarbeitung in den Verbänden und Organisationen zu animieren, sie auch zu fordern.

Nach einer Reihe von Studien mit unterschiedlichem Zugschnitt – sehen Sie für das ZdK noch einen eigenen, originellen Ansatz?

Stetter-Karp: Für sehr wichtig halte ich die Suche nach Dialogräumen, in denen Betroffene sich gut geschützt und professionell begleitet fühlen. Es gibt bei einem Teil der Betroffenen den Wunsch, dass die Täter sich ihnen stellen und ihrer Schuld ins Auge schauen. Das ist noch einmal eine andere Dimension als juristische Aufarbeitung, die es natürlich braucht. Ich komme hier von den Erfahrungen, die ich zehn Jahre in der Aufarbeitung kirchlicher Heimerziehung sammeln konnte. Als verantwortliche Ordinariatsrätin habe ich dazu eigens eine Studie in Auftrag gegeben.

In leitender Funktion beim Bistum Rottenburg-Stuttgart und danach beim Diözesancaritasverband haben Sie 1999 auch „Donum vitae“ in Baden-Württemberg mitgegründet. Hans Maier, ehemals Präsident des ZdK, und Rita Waschbüsch, seiner Nachfolgerin, ist das Engagement für Donum vitae innerkirchlich nicht gut bekommen. Wie sieht es da bei Ihnen aus?

Stetter-Karp: Sie meinen, mit Verletzungen? Ich hätte hier eine eigene Geschichte, wenn mir seinerzeit zum Beispiel gekündigt worden wäre. Aber ich blieb ja im Amt. Sonst wäre die Sache sicher anders gelaufen.

Nämlich wie?

Stetter-Karp: Mutmaßlich hätte ich mir einen Job außerhalb der katholischen Kirche gesucht – wo ich auch herkam. Der Ausstieg der Bischöfe aus der staatlichen Schwangerenkonfliktberatung hat mich 1999 sehr gewurmt. Wie konnte die Kirchenleitung so verrückt sein, genau jenen Frauen keine Anlaufstellen mehr zu bieten, die man hätte erreichen können und begleiten müssen? Das war fatal.

Das ist ja auch eine Frage, die sich jetzt bei der Aktion #OutInChurch stellt. Da wollen Menschen „in church“ – in der Kirche – bleiben, denen die Kirche offiziell bedeutet, dass sie in der Art, wie sie leben, eigentlich draußen sind. Wie kann das sein?

Stetter-Karp: Ich kann das nicht beantworten. Ich unterstütze die Aktion, das ganze ZdK-Präsidium unterstützt sie. Mir ist die Haltung wichtig: „Gehen? Von wegen! Es gibt



so viele in der Kirche, die so denken wie ich. Also, warum sollte ich den anderen den Gefallen tun und gehen?“ Da kann ich Parallelen ziehen zu 1999: Ich fand es damals auch besser, in der Kirche zu bleiben.

Ende Februar war Ihre 100-Tages-Bilanz als ZdK-Präsidentin fällig. Was stand dazu bei Ihnen auf dem Zettel?

Stetter-Karp: Ich sehe es als Dilemma, dass wir im ZdK im Moment fast ausschließlich mit Innerkirchlichem beschäftigt sind. Gesellschaftspolitik als Auftrag und Sendung des ZdK – das ist für mich Überzeugung. Gerade ich mit meiner Biografie und früheren Profession als „Caritäterin“ will unbedingt etwas dafür tun, dass das ZdK gesellschaftspolitisch wahrgenommen wird – erst recht am neuen Standort in Berlin. Aber ich muss gestehen: Solange der Synodale Weg läuft, ist das für mich, das Präsidium, die Gremien und das Generalsekretariat schlicht eine Ressourcenfrage.

Heißt: Da müssen Sie jetzt durch - bis 2023?

Stetter-Karp: Bei drängenden Fragen wie der nach der Streichung des Paragraphen 219a oder der Neuregelung des assistierten Suizids wird niemand auf uns warten, bis wir unseren eigenen – als Bauernkind würde ich sagen – Stall ausgemistet haben. Wir müssen also beides gleichzeitig im Auge haben: die innerkirchliche Reform und den gesellschaftspolitischen Auftrag des ZdK.

Ist das Ausmisten drinnen womöglich eine notwendige Bedingung, um draußen auch wieder als ansehnliches Gegenüber wahrgenommen zu werden?

Stetter-Karp: Wenn wir uns für Familien starkmachen; für eine Bildung, in der niemand abgehängt wird; für Generationengerechtigkeit und auskömmliche Renten – dann haben wir viel einzubringen. Aber natürlich macht es die Diskussionen leichter, wenn wir für unseren eigenen Laden sagen können: „Lessons learned!“

| **Dr. Irme Stetter-Karp**
Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

| **Joachim Frank**
führte das Gespräch

Für eine Kirche ohne Angst

Die Kampagne #OutInChurch bringt Bewegung in die Kirche

Manch einer spricht in diesen Tagen von einem historischen Augenblick, einem Moment der Kirchengeschichte. Ende Januar outeten sich 125 Personen öffentlich als LGBTQ+ Personen, als lesbisch, schwul, bi, trans*, inter, queer und non-binär. Was zunächst nur nach einer ungewöhnlichen Aktion klingt, birgt jedoch enorme Sprengkraft: Alle Beteiligten arbeiten im Haupt- oder Ehrenamt für eine Organisation, die gleichgeschlechtliche Liebe als Sünde ansieht: die katholische Kirche.

Das bisher größte Massenouting in der Kirche steht unter dem Slogan #OutInChurch - für eine Kirche ohne Angst. Auch ich bin dabei. Als Referent in der Abteilung Katholikentage und Großveranstaltungen beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) arbeite ich in einem Umfeld, das offen damit umgeht, dass ich schwul bin. Persönlich negative Erfahrungen mit der Kirche habe ich, 32 Jahre alt, bislang auch sonst nicht gemacht. Allerdings wurde mir im Theologiestudium klar, dass es für mich keine Option ist, Pastoralreferent zu werden. Ich hätte nicht gleichzeitig diesen Beruf ausüben und offen in einer Beziehung leben können. Ich wusste: Da stimmen die Spielregeln nicht.

Am Tag der Veröffentlichung der Kampagne wurde sie begleitet durch die ARD-Dokumentation „Wie Gott uns schuf“. Sie ist noch für einige Zeit in der ARD-Mediathek zugänglich.¹ Hier erscheinen für alle sichtbar die Gesichter der Aktivist*innen. Nur wenige lassen ihr Gesicht aus Sorge vor disziplinarrechtlichen Konsequenzen verfremden. Die Pastoralreferent*innen und Priester, Lehrer*innen, Erzieher*innen, Sozialpädagogen*innen, Ärzt*innen und Mitarbeiter*innen aus den diözesanen Verwaltungen und Verbänden bekennen sich vor einem Millionenpublikum zu ihrer geschlechtlichen Identität, zu ihrer sexuellen Orientierung und erzählen über ihre persönliche Situation und Geschichte mit und in der katholischen Kirche. Die Testimonials der Beteiligten, die alle als Einzelinterviews ab-

¹ <https://www.ardmediathek.de/sendung/wie-gott-uns-schuf/Y3JpZDov-L3JiY11vbmtpbmUuZGUvd2llWdvdH0tdW5zLXNjaHVm/>

Kampagne #OutInChurch

rufbar sind, zeichnen ein bewegendes Bild von Menschen, die trotz mehrheitlich negativer Erfahrungen in ihrer Kirche bleiben. Das dazugehörige Manifest ist auf der Kampagnen-Seite von #OutInChurch zu lesen.²

Breite Zustimmung und kirchliche Zurückhaltung

Seit der Veröffentlichung bewegt die Kampagne die Gemüter, nicht nur in der Kirche. Unzählige kirchliche Gruppierungen und Verbände erklärten bald öffentlich ihre Solidarität. Über 100.000 Menschen unterschrieben innerhalb kürzester Zeit das Kampagnenmanifest. Unter den Erstunterzeichner*innen ist auch das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Und auch aus der Politik gab es bald Reaktionen. Noch am selben Tag äußerte sich neben dem ersten Queer-Beauftragten der Bundesregierung, Sven Lehmann, auch Bundesjustizminister Marco Buschmann und mahnte auf Twitter ein Ende der Diskriminierung queerer Menschen an. Dies gelte „bei allem Respekt vor dem kirchlichen Selbstbestimmungsrecht“ auch für die Kirche, in der nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz aktuell insgesamt etwa 800.000 Menschen arbeiten.

Deutlich zurückhaltender äußerten sich die Verantwortlichen in den deutschen Bistümern. Zwar gab es zu meist Äußerungen der Anerkennung und des Respekts, disziplinarrechtliche Maßnahmen für die beteiligten Aktivist*innen wurden in den meisten Domstädten schnell ausgeschlossen. Zugleich blieben aber ermutigende Zusagen für queere Mitarbeiter*innen in der Kirche vage. Wenigstens beteuerten einige Verantwortliche, man wolle das Arbeitsrecht in der katholischen Kirche im Sinne der Initiative überarbeiten. Derweil haben einige Diözesanbischöfe entsprechende Selbstverpflichtungen veröffentlicht.

Es geht nicht nur um das kirchliche Arbeitsrecht

Die Forderungen der #OutInChurch-Kampagne gehen jedoch weit über dieses kirchliche Arbeitsrecht und eine Reform der sogenannten kirchlichen Grundordnung hinaus. Ziel ist eine weitreichende Erneuerung der kirchlichen Lehre zu Geschlechtlichkeit und Sexualität unter Berück-

sichtigung der aktuellen theologischen und humanwissenschaftlichen Erkenntnisse. Dies ist auch mit Blick auf die weltweite Verantwortung der Kirche für die Rechte der betroffenen Minderheiten dringend notwendig. Nach wie vor leistet die kirchliche Lehre in verschiedenen Ländern der Kriminalisierung queerer Lebensformen Vorschub. Hierzulande müssen queere Personen den Staat nicht fürchten, als Arbeitnehmer*innen in der katholischen Kirche hingegen kann eine nicht-heterosexuelle Beziehung oder Ehe als Loyalitätsverstoß mit einer Kündigung geahndet werden. Auch die Segnung – oder gar das Ehesakrament – bleibt ihnen weiterhin verschlossen, eine Öffnung der kirchlichen Lehre scheint nicht in Sicht. Die Kirche bleibt damit weiterhin ein Ort des Verschweigens, der Doppelmoral und Unaufrichtigkeit, ein System, das auf so Manchen toxisch wirkt und krank macht.

Die Frage nach Sitte und Moral ist ein Nebenschauplatz

Umso erstaunlicher mag auf manchen Außenstehenden wirken, dass die Beteiligten der Kampagne weiterhin in und für die Kirche tätig sind. Trotz aller Diskriminierung und Einschränkungen in der persönlichen Lebensführung fühlen sich die Mitwirkenden der katholischen Kirche verbunden und üben ihren Beruf oder ihr Engagement mit Leidenschaft aus. Sie outen sich IN der Kirche – #OutInChurch. Auch für mich persönlich gilt das. Ich nehme wahr: Was „Ihr“ da in der Kirche macht, an diesem Punkt, hat absolut nichts mit meinem persönlichen Glauben zu tun.

Hier wird einmal mehr sichtbar, dass die Frage nach geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung mit Blick auf die frohe und befreiende Botschaft des Evangeliums belanglos ist. Jedenfalls muss sich eine Kirche, die in ihrem Kern die Diskriminierung und die Exklusion von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten trägt, durchaus fragen lassen, ob sie sich damit auf Jesus Christus berufen kann. Die Antwort ist eindeutig.

| Niklas Krieg

Referent in der Abteilung Katholikentage und Großveranstaltungen im Zentralkomitee der deutschen Katholiken

² <https://outinchurch.de/manifest/>

Synodalität

Der Synodale Weg

Die katholische Kirche kann Synode

Er begann in einer Krise, jetzt gibt er Orientierung: Der Synodale Weg ist auf Erfolgskurs

Eines ist klar: Ohne einen gemeinsamen Weg der Umkehr und Erneuerung gäbe es für die katholische Kirche keine gute Zukunft. Ohne den Synodalen Weg würde sie die systemischen Ursachen des Missbrauchs nicht aufarbeiten. Sie hätte die Betroffenen, die Opfer, die Überlebenden erneut verraten. Sie hätte nicht versucht, aus der tiefen Krise einen Wendepunkt zu machen. Genau das aber scheint ihr jetzt zu gelingen.

Die Chancen stehen gut. Aber auch die Risiken sind hoch. Im Moment sieht es allerdings so aus, dass der Geist Gottes den Geist von Frankfurt inspiriert. Mit der „Frankfurter Erklärung. Für eine synodale Kirche“¹ sind kurz nach der dritten Synodalversammlung Anfang Februar Menschen auf den Plan getreten, die auf eine Selbstverpflichtung aller Beteiligten drängen, die Beschlüsse der Synodalversammlungen in die Tat umzusetzen.

Erste Erfolge

Drei Texte sind seit der dritten Synodalversammlung im Februar verbindlich beschlossen, mit satten Mehrheiten, auch bei den Bischöfen:

1. Eine Orientierung an der Heiligen Schrift, an der Tradition, an den Zeichen der Zeit, am Glaubenssinn, am Lehramt und an der Theologie soll gleichermaßen sein. Es ist alles andere als selbstverständlich, in diesem Punkt ein so klares Zeugnis abzulegen, wie es der Synodale Weg mit seinem grundlegenden Orientierungstext tut. Der Reformprozess ist fundiert.
2. „Macht und Gewaltenteilung“ sollen neu gestaltet werden. So neu, dass Transparenz und Partizipation, Kontrolle und Rechenschaft nachhaltig garantiert sind. Es wird

deutlich, was es auf katholisch heißt, eine synodale Kirche in einer demokratischen Lebenskultur zu werden.

3. Die Gläubigen sollen an der Bestellung von Bischöfen viel stärker als bisher beteiligt werden. Der Beschluss zeigt, wie wichtig das Amt und wie wichtig das Volk Gottes ist.

Das Spektrum relevanter Beschlüsse ist aber weiter: Bestärkung und Öffnung des Zölibates, Persönlichkeitsbildung der Priester, Frauen in Diensten und Ämtern der Kirche, im Diakonat, im sakramentalen Ordo, Segensfeiern für Paare, die sich lieben, Neubewertung der Homosexualität, Neugestaltung der Grundordnung des kirchlichen Arbeitsrechts, Anerkennung der sexuellen Selbstbestimmung von Eheleuten. In den ersten Lesungen ist deutlich geworden, was alles im Argen liegt und geändert werden kann, ja muss.

Kommende Aufgaben

Es besteht also kein Grund, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben, auch wenn viel gelungen ist: Es gibt keine Grabenkämpfe zwischen Bischöfen und ZdK, so wenig die Unterschiede eingeebnet werden; die Ordensleute, Priesterräte und Generalvikare, die jungen Delegierten, die Vertretungen von Berufsverbänden bringen sich aktiv ein. Die katholische Kirche kann Synode.

Aber sie muss dieses Können erst noch unter Beweis stellen. Im Unterschied zu evangelischen Synoden, von denen sehr viel gelernt werden kann, ist für die katholische Form typisch, dass (um es mit dem Kirchenrecht zu sagen) „Lai*innen“ und „Kleriker“ – also Männer im Weiheamt – gemeinsam beraten und entscheiden. Es ist ein gutes Signal, dass ernsthaft und vielstimmig, kontrovers und engagiert, kurz und bündig diskutiert – aber dann auch schnell und klar abgestimmt wird, ohne dass bislang tiefe Risse die Versammlung durchziehen. Es ist ein Charakteristikum, dass in der Mitte der Synode gemeinsam Eucharistie gefeiert wird.

Freilich: Papier ist geduldig. Konflikte werden noch kommen. Das Interesse der Öffentlichkeit ist zwar sehr groß und das Echo weitestgehend positiv. Aber es gibt eine

¹ 10. Februar 2022: Veröffentlichung der „Frankfurter Erklärung. Für eine synodale Kirche“ durch die Initiator*innen Gabriele Klingberg, Johannes Norpoth und Prof. Dr. Gregor Maria Hoff zur Unterstützung des Synodalen Weges der katholischen Kirche in Deutschland.
<https://bit.ly/34Rnlu0>

Synodalität

Der Synodale Weg

kleine, gut vernetzte Minderheit, die versucht, den Prozess zu diskreditieren.

Wichtig wird sein, das hohe Tempo, das in Deutschland angeschlagen wird, weil die Probleme früher als anderswo angezeigt worden sind, mit dem Tempo zu koordinieren, das der Mega-Frachter der römisch-katholischen Weltkirche an den Tag legen kann, wenn er eine Kursänderung vornimmt. Die Herausforderungen sind weltweit ähnlich: Der Klerus darf nicht abgehoben, sondern muss in das Volk Gottes eingebunden sein. Korruption muss aufgedeckt, Missbrauch geahndet, Heuchelei beendet werden. Es gilt, den Begriff der Volkskirche neu zu entdecken – nicht in der sentimental Nostalgie, die sich geschlossene Milieus herbeiträumen, sondern in der modernen Variante einer Freiheit des Glaubens, der sich in die Gemeinschaft der Kirche einbringt. In den römischen Fragen für den weltweiten Prozess steht auch, ob es der Weisheit letzter Schluss sei, zwischen decision making und decision taking so zu unterscheiden, dass die „Lai*innen“ zwar gerne mit beraten, aber nur die Bischöfe entscheiden dürfen.

Vierorts zeigt sich auf dem katholischen Globus, dass diese (angeblich gottgegebene, aber gar nicht so alte) Unterscheidung nicht trägt: Australien und Südamerika, Tansania und der Senegal, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich, die USA und die Philippinen – überall brechen Bewegungen auf, die nach neuen Formen gemeinsamer Verantwortung suchen. Deutschland ist aktiver Teil einer breiten Reformbewegung, der stärksten seit dem Konzil.

Nächste Schritte

Bevor die römische Weltsynode im Herbst 2023 startet, soll die Synodalversammlung in Deutschland ihr enormes Pensum geschafft haben. Dann muss es weitergehen. Ohnedies wird die letzte Synodalversammlung nicht die letzte sein, weil die Satzung eine „Evaluation“, eine Überprüfung der Umsetzung, durch die Synode vorsieht, drei Jahre nach Ende der Beratungen.

Die Beschlüsse der Synodalversammlung sind verbindlich, vom Moment der Entscheidung an. Zwar obliegt es den Bischöfen, sie in ihren Diözesen umzusetzen. Aber zum einen haben sie mit jener deutlichen Zweidrittelmehrheit für die

Texte der zweiten Lesung votiert, die auch bei einer reinen Bischofsversammlung für die Gültigkeit eines Beschlusses erforderlich ist. Zum anderen hat bereits jetzt ein Wettbewerb im besten Sinn des Wortes zwischen den Bistümern begonnen, wie der Bischofsbestellungsbeschluss umgesetzt werden kann. Die Pointe ist eine Selbstbindung der Domkapitel. Zu erwarten, dass die Bischöfe von oben durchregieren, wäre kontraproduktiv. Die Konkordate bleiben in Geltung. Die rechtlichen Konstellationen sind unterschiedlich. Aber eine „Musterordnung“ zu entwickeln, wird jetzt ein Projekt sein, dass von der Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee gemeinsam verantwortet werden soll. Wenn dies gelingt, wird es ein Vorbild für andere Strukturreformmaßnahmen sein.

Die „Grundordnung“ zu ändern, die „Loyalitätsobliegenheiten“ klären soll – und die in der Vergangenheit faktisch nur die sexuelle Orientierung und Praxis oder das Eingehen einer zweiten Bindung nach Scheidung ausgespäht hat –, steht jetzt schon in der Verantwortung der Diözesen, obwohl erst die erste Lesung des entsprechenden Textes auf der Synodalversammlung erfolgt ist. Schon gibt es von verschiedenen Bischöfen ermutigende Erklärungen und Signale. Es wird höchste Zeit, dass die zuständige Kommission der DBK liefert. Der größte Erfolg wäre, wenn es eines Beschlusses der Synodalversammlung gar nicht mehr bedürfte, weil die Ordnung bereits überall geändert worden ist. Die Synodalversammlung muss und wird aber wachsam sein.

Für die Zukunft gilt es, Synodalität auf Dauer zu stellen. Es braucht einen Synodalen Rat für die katholische Kirche in Deutschland. Wie genau er aussieht, wie er sich zusammensetzt und welche Befugnisse er haben wird – all das ist keineswegs schon klar. Aber es muss auf der verbleibenden Wegstrecke der Synodalversammlung geklärt werden. Klar ist: Ohne ein starkes Zentralkomitee, das unabhängig ist, wird es keinen Synodalen Rat geben, der Grundfragen der überdiözesanen Kirchenentwicklung berät und Entscheidungen trifft. Aber mit einem solchen Synodalen Rat wird das Bischofsamt stärker in das Gottesvolk eingebunden – nicht nur vor Ort in Deutschland, sondern in der ganzen katholischen Welt.

| Prof. Dr. Thomas Söding,
katholischer Theologe, Vizepräsident des ZdK und
des Synodalen Weges in Deutschland

102. Katholikentag Stuttgart

8

Leben teilen und dabei sein

Der 102. Katholikentag findet vom 25. bis zum 29. Mai in Stuttgart statt

„Die wird aber geteilt!“ Dieser Satz, mit Betonung des Ausrufezeichens, war Bestandteil des Begrüßungsrituals, wenn wir als Kinder gelegentlich von einer Großtante Besuch bekamen. Wir, das waren meine vier Geschwister und ich. „Die“ war eine Tafel Schokolade. Vermutlich hätte ich mich an diese Begebenheit aus meiner Kindheit nie mehr erinnert, wenn ich nicht kürzlich am Stuttgarter Hauptbahnhof auf wandfüllende Werbeplakate gestoßen wäre. „Die kannst Du ganz aufessen. Wir haben schon geteilt.“ So hieß es da. Ich brauchte einen Moment, bis ich verstand: Es war der Slogan eines weltbekannten Schokoladenherstellers. Subtext: Wir machen nicht nur beste Schokolade, wir entlasten Dein Gewissen. Teilen als Dienstleistung, Absolution inklusive.

Beim Stuttgarter Katholikentag im Mai geht es um mehr als um Schokolade. Es geht – genau genommen – um alles. Es geht ums „leben teilen“. Diese Schreibweise des Leitworts, unter dem das mehrtägige Treffen steht, wurde bewusst gewählt, um wortspielerisch beide Verben kombinieren zu können, verschiedene Lesarten und unterschiedliche Sinngebungen zu ermöglichen. Leben, um zu teilen – teilen, um zu leben.

Das eine als Bedingung und/oder Folge des anderen – als größtmögliche Großzügigkeit oder lebensrettende Not-Wendigkeit? Pate hatte der heilige Martin von Tours gestanden, der Patron der gastgebenden Diözese Rottenburg-Stuttgart. Martin, der Mantelteiler, der römische Kriegsdienstverweigerer, Bischof wider Willen. Er hat sein Leben geteilt, sich in der Nachfolge Jesu in den Dienst seiner Zeitgenossen und in den der jungen Kirche gestellt. So erzählt es die Legende. Wer im Mai nach Stuttgart kommt, um am 102. Deutschen Katholikentag teilzunehmen, wird im Programm viele Anknüpfungspunkte an Martin finden.

Ein Katholikentag im Mai 2022 – unter Pandemie-Bedingungen? In der Zuversicht, dass die vierte Welle der Corona-Pandemie im Laufe des Frühjahrs abgeebbt und

die Teilnehmenden vollständig geimpft oder genesen sein werden, soll an einem analogen Ereignis festgehalten werden. Vier Jahre nach dem letzten Katholikentag in Münster und nach einem nahezu gänzlich digitalen 3. Ökumenischen Kirchentag im vergangenen Jahr soll der Katholikentag in Stuttgart wieder zu einem großen Treffen werden – bei maximal möglichem Schutz vor Infektionen. Ein permanenter Austausch mit den Gesundheitsbehörden soll dies gewährleisten. Auskunft über die jeweils geltenden Bestimmungen findet man auf www.katholikentag.de.

Themenbereiche

Wer zum Katholikentag nach Stuttgart kommt, wird aus weit über 1500 Veranstaltungen auswählen können. Dieses Programmangebot richtet sich an alle Alters- und Zielgruppen. Im Wesentlichen sind es drei große Segmente: ein geistliches und liturgisches, ein diskursives und ein kulturelles.

Man darf davon ausgehen, dass die großen Gottesdienste an Christi Himmelfahrt und am Sonntag wie üblich wieder die meisten Besucher haben und über die Medien die größte Reichweite erzielen werden. Deshalb müssen von diesen beiden öffentlichen Feiern die richtigen Signale ausgehen. Angesichts der Lage, in der sich die katholische Kirche in Deutschland zurzeit befindet – noch immer verstrickt in den Missbrauchsskandal, in Debatten über den nötigen Reformkurs, belastet von Glaubwürdigkeitsverlust –, wird auch der Katholikentag unter sehr kritischer Beobachtung stehen. Zurecht! Denn auch wenn nicht die Deutsche Bischofskonferenz, sondern das Zentralkomitee der deutschen Katholiken Träger und Veranstalter dieses Ereignisses ist – die Öffentlichkeit wird diese Unterscheidung kaum gelten lassen. Auch das diskursive Programm wird – vor allem, aber nicht nur im ersten Themenbereich „Unser Glaube: Hoffnung teilen“ – Räume zur Reflexion über den Zustand der katholischen Kirche in Deutschland eröffnen, ohne andere theologische Fragestellungen und Glaubensfragen deshalb aus dem Blick zu verlieren. Auch sie werden im Stuttgarter Programm selbstverständlich ihren Platz haben.

Wer das diesmal vor allem per App und Web präsentierte Programm durchsucht, wird immer wieder Veranstal-

102. Katholikentag Stuttgart

tungen finden, die explizit Themen aus dem Synodalen Weg und seinen vier Foren aufgreifen. Integraler Teil des Themenbereichs ist auch das Zentrum Ökumene, ein für die Katholikentage seit Langem essenziell wichtiges Forum für das interkonfessionelle Gespräch und die Begegnung mit Christ*innen anderer Konfessionen. Hier wird in Stuttgart auch manches nachgeholt werden, was ursprünglich für den Ökumenischen Kirchentag im vergangenen Jahr geplant war. Genannt sei die ACK-Polis der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland, die nun auf dem Stuttgarter Kleinen Schlossplatz zu erleben sein wird. Nicht weniger wichtig als die Ökumene sind für die deutschen Katholikentage der jüdisch-christliche Dialog und die Begegnung zwischen Christ*innen und Muslim*innen, zwei ebenso traditions- wie facettenreiche Dialogformate.

Seit ihren Anfängen vor über 170 Jahren erheben die katholischen zivilgesellschaftlichen Kräfte in ihren vielfältigen Organisationsformen den Anspruch, Politik und Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Deshalb waren und sind die deutschen Katholikentage auch heute zuvorderst Orte der Zeitansage und des gesellschaftspolitischen Diskurses. So wird es in Stuttgart im Themenbereich „Unsere Verantwortung: Herausforderungen teilen“ zu Fragen deutscher und europäischer Politik zum Beispiel um Migration und Integration und die Solidarität in Europa, um Antisemitismus und Rechtspopulismus, aber auch um Künstliche Intelligenz oder die faire Verteilung von Arbeit gehen. Themen von globaler Bedeutung – zusammengefasst unter der Überschrift „Unsere Zukunft: Chancen teilen“ – drehen sich unter anderem um die Suche nach einer weltweiten gerechten Klimapolitik, die Bedeutung der Religion in der Außenpolitik, Handel und Menschenrechte oder die Situation in verschiedenen Krisengebieten der Welt – etwa in der Ukraine. Eine erwähnenswerte Besonderheit dieses Themenbereichs ist ein eigenes Zentrum Weltkirche.

Zentren und Lebenswelten

Spirituelles Kraftzentrum jedes Katholikentags ist das Zentrum Bibel und Spiritualität. Für viele ist es im Trubel der fünf Tage ein gern besuchter Ort der Stille und des Gebets. Und in der Bibelstadt Stuttgart, Sitz des Katholischen Bibelwerks und der evangelischen Bibelgesellschaft, soll ein besonderer Fokus auf der Heiligen Schrift liegen –

wissenschaftlich und meditativ, politisch und kreativ. In etwa 20 Biblischen Impulsen beschäftigen sich namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Medien mit Texten aus dem alten und neuen Testament.

„Familie und Generationen“, „Jugend“, „Junge Erwachsene“ und „Frauen, Männer, Partnerschaft, Zentrum Regenbogen“ heißen die Lebenswelten des Katholikentags im Mai. Die Zentren liegen gleichmäßig über die Stuttgarter Innenstadt verteilt. Hier stehen der persönliche Austausch, die Beratung, das Teilen von Erfahrungen im Mittelpunkt. Neu in Stuttgart ist eine Lebenswelt für junge Erwachsene, für Menschen an der Schwelle zwischen Ausbildung und Beruf, Jugend und Erwachsenenwelt. Ebenfalls neu: Das Zentrum Regenbogen von und für queere Menschen wird erstmalig in das offizielle Programm des Katholikentags integriert. Das es dafür höchste Zeit war, hat die Kampagne #OutinChurch und die breite Unterstützung, die sie innerhalb wie außerhalb der katholischen Kirche erfahren hat, gezeigt.

Kultur und Kirchenmeile

Kein Katholikentag ohne Kultur. Auch in Stuttgart dürfen sich die Teilnehmenden auf ein hochkarätiges Angebot in allen Sparten freuen. Das musikalische Spektrum reicht von klassischer Kirchenmusik über christliche Populärmusik und Gospel bis zu Rock, Jazz und Weltmusik. Neben professionellen Künstler*innen sind es die vielen Chöre und Bands mit kirchlichem Hintergrund, die den Katholikentag mitgestalten und zum besonderen Flair beitragen. Im Bereich der Bildenden Kunst wird die Ausstellung „vulnerable – verletzlich“ mit Werken von Künstler*innen aus vielen Ländern große Beachtung finden, über den Katholikentag hinaus. Unter freiem Himmel präsentieren sich auf der Kirchenmeile 300 kirchliche Organisationen, Institutionen und Initiativen, Orden und Werke. Es ist die ganze Vielfalt kirchlichen Lebens und Engagements in Deutschland – zugänglich für jede und jeden.

| Dr. Thomas Großmann

Leiter der Abteilung Katholikentage und Großveranstaltungen beim ZdK

Novi Sad – Die Stadt der Brücken ist Kulturhauptstadt Europas

Herausforderungen im Kulturbetrieb Serbiens

Das serbische Kulturleben findet 2022 vermehrt Aufmerksamkeit, weil Novi Sad in diesem Jahr europäische Kulturhauptstadt ist. Obwohl es in der Pandemie für viele Musiker*innen, Schauspieler*innen und andere Künstler*innen eine schwere Zeit war, werden die Spielräume genutzt. Aber politische Einflussnahme ist auch in der Kultur ein Problem.

Eigentlich sollte Serbiens zweitgrößte Stadt Novi Sad schon im vergangenen Jahr europäische Kulturhauptstadt werden, doch wegen der Corona-Pandemie musste das Großereignis verschoben werden. „Doch die Pandemie hat uns auch gezeigt, wie wichtig die Kultur für uns ist“, sagt Nemanja Milenković, Geschäftsführer der Stiftung „Novi Sad Kulturhauptstadt Europas 2022“.

Zum orthodoxen Neujahrsfest am 13. Januar wurde „Novi Sad 2022“ nun feierlich eröffnet und lockt seither Besucher*innen aus ganz Europa in den Norden Serbiens. Zum ersten Mal stellt damit ein Land, das selbst kein EU-Mitglied ist, die Kulturhauptstadt aus. Die am Mittellauf der Donau gelegene Stadt mit 340.000 Einwohner*innen ist die Hauptstadt der Vojvodina, in der neben Serben auch Ungar*innen, Slowak*innen und Deutsche leben. Bis 1918 war Novi Sad Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie, was bis heute nicht nur in der Architektur spürbar ist.

Die vier Brücken über die Donau sollen auch für die Kulturhauptstadt ihre besondere Symbolkraft entfalten und das Verbindende betonen, sagt Milenković. Während der NATO-Bombardierungen im Krieg 1999 gegen das Milošević-Regime waren die Brücken zerstört worden und wurden erst nach vielen Jahren wieder aufgebaut.

Jetzt soll vor allem die kulturelle Vielfalt im Vordergrund stehen. Schon 2021 gab es in Novi Sad im Rahmen der Kulturhauptstadt einige Veranstaltungen, die trotz Pandemie stattfinden konnten, beispielsweise Konzerte der Musikstudenten in der früheren Seidenfabrik Svilara im ältesten

Stadtteil von Novi Sad, Almas. Diese Kulturstätte wurde für das Großereignis nun extra renoviert und wird einer der wichtigsten Veranstaltungsorte sein. In Almas hoffen viele, dass die Kultur dem ganzen Viertel wieder mehr Leben einhauchen wird.

Ausnahmezustand traf auch die Kultur

In Serbien haben viele Kulturinstitutionen unter der Pandemie gelitten. Es gab im Frühjahr 2020 zeitweise Ausgangsbeschränkungen in einem harten Lockdown, der auch die Kultur schwer traf. „Theater, Kinos und Veranstaltungsräume waren alle zu“, sagt der Leiter des Goethe-Instituts in Belgrad, Frank Baumann.

Einige Kulturleute versuchten, ins Internet auszuweichen, aber oft fehlte ihnen das Geld für professionelle Online-Formate und die technische Ausrüstung. Das Goethe-Institut versuchte deshalb, solche Projekte zu unterstützen, und stellte Fördermittel bereit. Profitieren konnte davon beispielsweise das größte regionale Kulturportal „SEEcult.org“, das über wichtige Kulturereignisse wie Theaterpremierer, neue Ausstellungen, Lesungen, Konzerte und Festivals informiert.

Anders als in Deutschland gab es kaum staatliche Soforthilfe für die Künstler*innen. „Wir wurden zwar alle schnell eingepflegt, aber es fehlte an Unterstützung für die Kultur“, sagt die Journalistin Vesna Milosavljević, die das Kulturportal betreibt. Für die Regierung habe Kultur ohnehin einen geringen Stellenwert, denn im Staatshaushalt sei dafür weniger als ein Prozent vorgesehen.

Schwer zu kämpfen hatte auch das Kulturzentrum „Parabrod“ in der Altstadt von Belgrad. „Unsere Gehälter wurden zwar von der Stadtverwaltung weiter gezahlt, aber wir bekommen kein Geld für das Kulturprogramm“, erzählt der Leiter Janko Laćnjevica. „Das muss über die Eintrittspreise und Vermietungen finanziert werden.“ Das Kulturzentrum ist ein schöner Altbau, in dem während der Pandemie zeitweise der Ballettunterricht ausfiel, Ausstellungen und Konzerte nicht stattfanden, der Filmvorführungsraum leer blieb. Damit fielen auch die üblichen Einnahmen weg.

Viel Publikum eingebüßt hat auch das Städtische Museum, das in der früheren Wohnung des Literaturnobelpreisträgers Ivo Andrić (1892-1975) an das Lebenswerk des bedeutenden

Serbien

Kulturhauptstadt

jugoslawischen Schriftstellers erinnert. „Wir haben zwar wieder auf, aber es fehlen die Tourist*innen in der Stadt“, sagt die Leiterin, die durch die Privaträume führt, in denen das frühere Arbeitszimmer des Autors mit dessen umfangreicher Bibliothek, aber auch viele Fotografien aus dem Leben von Andrić zu sehen sind.

Die Regierung setzt auf Prestigeprojekte

Hohe Priorität in der staatlichen Kulturpolitik hatten in den vergangenen Jahren vor allem große Vorzeigeprojekte. So wurde 2018 nach 15-jähriger Schließung und großer Renovierung das Serbische Nationalmuseum auf dem Platz der Republik im Herzen der Hauptstadt wieder eröffnet. Es präsentiert seine bedeutende frühgeschichtliche Sammlung im neu gestalteten Erdgeschoß. In den oberen Etagen wird serbische Malerei bis zum 20. Jahrhundert gezeigt.

Nachdem die frühere Regierung im Kulturleben wenig bewegt hatte, verweisen viele Belgrader gerne auf solche Erfolge der jetzigen politischen Führung. Denn die Eröffnungen waren wichtige Glanzlichter in einem Land, in dem es meist an Geld für die Kultur fehlt. „Eigentlich ist ihnen Kultur ziemlich egal, aber sie stecken viel Geld in Museen und Prestigeobjekte“, sagt die Kulturjournalistin Milosavljević. Präsident Aleksandar Vučić und seine Leute seien Partyleute, die es liebten, sich auf Eröffnungsfeiern sehen zu lassen. „Das ist aber keine nachhaltige Kulturpolitik.“ Das Geld fehle dann für andere Bereiche des kulturellen Lebens. „Kritische Künstler*innen sind sowieso nicht erwünscht.“

Diese Erfahrung hat auch Zoran Erić, der langjährige Kurator des Museums für Zeitgenössische Kunst am anderen Ufer der Save gemacht. Der in Neu-Belgrad direkt an der Flusspromenade gelegene Betonbau aus den 1960er Jahren war ebenfalls zehn Jahre geschlossen, bevor er im Oktober 2017 renoviert wieder eröffnet wurde. Lange habe die politische Unterstützung gefehlt, sagt der Kurator. Ein Jahrzehnt lang hätten viele Belgrader keine Erfahrungen mehr mit moderner Kunst gesammelt. „Als wir wieder aufmachten, waren viele Besucher*innen ganz ungeübt, wie sie damit umgehen sollten“, erzählt Erić, der das Museum inzwischen verlassen hat und seit Oktober 2021 als freier Kurator tätig ist.

Nach der ersten Freude über die Wiedereröffnung machte der Kurator die bittere Erfahrung, dass sich die Regie-

rung politisch einzumischen begann. „Sie betrachten das Museum nicht als unabhängige Institution, sondern wollen es als Instrument für die politische Oligarchie nutzen“, sagt Erić. Streit gab es vor allem um eine große Ausstellung der aus Belgrad stammenden Performancekünstlerin Marina Abramović, die seit Jahren ein Star im internationalen Kunstbetrieb ist.

Ministerpräsidentin Ana Brnabić hatte es sich politisch zum Ziel gesetzt, die Retrospektive „The Cleaner“, die 2019 durch viele europäische Städte tourte, auch in die Heimatstadt der Künstlerin zu holen. Erić hätte dagegen nach eigenen Worten lieber gesehen, dass das Kuratorenteam des Museums eine eigene Ausstellung zusammengestellt hätte, statt für die riesige Summe von mehr als einer Million Euro eine Schau zu „importieren“. „Das war in der Geschichte des Museums ohne Beispiel“, sagt er und verweist darauf, wie knapp die Ressourcen in einem armen Land in Serbien eigentlich sind.

Kunstbetrieb im Park

Auch für das Museum war Corona eine neue Herausforderung: Im Sommer 2021 verlegte Erić deshalb den Ausstellungsbetrieb bewusst in den umliegenden Park, um mit der Pandemie in kreativer Weise umzugehen. Die „Ökologisierung des Museums“ ist für Erić ohnehin ein wichtiges Thema. Nun konnte er mit der Schau von Skulpturen und Objekten im Freien das Thema Ökologie und Kunst gekonnt verbinden.

„Wir produzieren alle wieder viel, aber es kommt nur eine kleine Minderheit“, sagt Erić. Viele Leute hätten wegen Corona zu viel Angst, in Ausstellungen oder ins Theater zu gehen, und blieben lieber zuhause. „Viele sind deprimiert und mit ihrem eigenen Leben zu beschäftigt.“

| Gemma Pörzgen

Chefredakteurin der Zeitschrift „Ost-West. Europäische Perspektiven (OWEP)“, Mitgründerin von Reporter ohne Grenzen

Der Artikel erschien in der OWEP-Ausgabe 01/2022 „Serbien: Ein Land in der Sackgasse?“ Er wurde für diesen Abdruck leicht gekürzt.

Gewalt statt Dialog

Findet Russland einen Ausweg aus der Spirale des Politikversagens?

Russlands Angriff auf die Ukraine hat viel zu tun mit der nicht aufgearbeiteten Geschichte der Sowjetunion. Putin verschärft die Außen- und Innenpolitik seit 2021. Auch Memorial fiel dem zum Opfer. Russlands bekannteste Menschenrechtsorganisation wurde vom Obersten Gericht in Moskau Ende Dezember aufgelöst. Aktivist*innen beklagen zunehmende autoritäre Tendenzen. Zum Beispiel Irina Scherbakowa.

Für eine Historikerin, die sich mit der sowjetischen Geschichte, vor allem der Geschichte der politischen Repressionen, befasst, bedeutet das im heutigen Russland, ständig mit den Taten von denjenigen konfrontiert zu sein, die offensichtlich nichts aus der Geschichte gelernt haben.

Alle Entscheidungen werden von einem extrem engen Personenkreis getroffen. Denjenigen, die nach Erklärungen suchen für das, was geschieht, stellt sich die Frage nach dem Warum der Verschärfung der Innen- und Außenpolitik, die man seit Beginn 2021 erlebt. Denn scheinbar existiert keine akute Bedrohung für Putin, weder von innen noch von außen. Doch die Vergangenheit spielt in der aktuellen politischen Agenda eine Schlüsselrolle.

Sicherlich haben die andauernde Wirtschaftskrise, steigende Preise, die Folgen der Pandemie und der offensichtlich gefälschten Duma-Wahlen die Zustimmung für Putin bei der Bevölkerung nicht erhöht. Aber Protestaktionen sind nicht

möglich. Demonstrationen und Kundgebungen werden verboten. Nawalnys Stäbe in den Regionen sind liquidiert – seine Mitarbeitenden sind verhaftet oder ins Ausland geflüchtet, und er selbst wartet auf ein neues Gerichtsurteil, direkt in der Kolonie, in der er bereits eine dreijährige Haftstrafe verbüßt.

Tatsächlich vergeht keine Woche ohne neue Urteile und politische Inhaftierungen. Genau 1.000 Menschen wurden als politische Häftlinge vom Menschenrechtszentrum Memorial anerkannt. Die Urteile, die in solchen Fällen verhängt werden, übertreffen diejenigen der Breschnew-Ära. Im Februar waren alle schockiert über die Verurteilung Nikita Uwarovs aus der Kleinstadt Kansk zu fünf Jahren Haft. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme unter 16 Jahre alt, man warf ihm anarchistische Stimmungen und das Spielen „falscher“ Computerspiele vor.

Das 2012 verabschiedete Gesetz über sogenannte „ausländische Agenten“ wurde von Anfang an als ein Repressionsinstrument gegen unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen geschaffen und immer mehr verschärft. Jede Woche wächst die Liste der als ausländische Agent*innen deklarierten Personen, darunter viele Journalist*innen und Blogger*innen. All dies wird von der beispiellos aggressiven Propaganda vor allem im Fernsehen, das praktisch verstaatlicht ist, begleitet. Sie zielt darauf ab, Feindbilder zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund wurde der Beschluss des Obersten Gerichtshofs Russlands, die Internationale Memorialgesellschaft zu liquidieren, für viele Menschen inner- und außerhalb Russlands ein neuer Meilenstein der repressiven Politik. Denn Memorial als älteste und bekannteste Organisation in Russland, war ein Symbol der Aufarbeitung der Geschichte des Massenterrors. Memorial verband in seiner Arbeit stets die historische Erinnerungsarbeit mit der menschenrechtlichen Tätigkeit. Im Plädoyer der Staatsanwaltschaft beim Prozess wurden die Gründe für die Liquidierung deutlich formuliert: In den Augen der Anklage war dies die Darstellung des Sowjetstaates als ein Terrorstaat. Dies, so wurde erklärt, mache auch die heutige Einstellung zum Staat destruktiv.

Mittlerweile ist jeglicher Dialog der Macht mit der Gesellschaft abgebrochen. Und gerade das, so scheint es, erzeugt bei Putin Angst. In jeder Kritik sieht er Verschwörung und Verrat. Daher eskalieren gewalttätige Praktiken. Die Folgen müssen wir aktuell in der Ukraine erleben. Der Frieden in Europa ist zerstört.

| Irina Scherbakowa

Vorsitzende des Historisch-wissenschaftlichen Informationszentrums Memorial in Moskau